

Eine neue Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin für Österreich

Autor(en): **Mäder, Tina**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **77 (2002)**

Heft 10

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-716365>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eine neue Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin für Österreich

Wegweisungen für die Entwicklung der österreichischen Landesverteidigung

Nach langen Verhandlungen mit allen im österreichischen Parlament vertretenen Parteien (ÖVP, FPÖ, SPÖ und Grüne) wurde nun eine «Doktrin» im Nationalrat verabschiedet, die für die Entwicklung der österreichischen Landesverteidigung und Sicherheit entscheidende Wegweisungen gibt. Allgemeine Empfehlungen, aussenpolitische Aspekte, verteidigungspolitische Richtlinien und die Grundsätze für die innere Sicherheit wurden dabei vorgegeben.

Die von den 14 EU-Staaten noch vor zwei Jahren gescholtene österreichische Bundesregierung hat nun etwas zustande



Tina Mäder, Wien

gebracht, was den Vorgängerregierungen seit 1990 nicht gelungen ist. Sie hat eine Vorlage entwickelt, die von den Parteien ÖVP und FPÖ im Nationalrat angenommen wurde: Es wurde eine für die Sicherheit und die Landesverteidigung des Donau-Alpenlandes unverzichtbare Doktrin – ohne die Stimmen der Oppositionsparteien SPÖ und Grüne – verabschiedet. Der obsolete «Landesverteidigungsplan» aus der Ära des Kalten Krieges wurde dadurch offiziell abgelöst. Dass dies auch im allgemeinen Interesse Europas gelegen ist, steht ausser Zweifel.

Zwischen «Jein» und Nein

Man pendelt nicht mehr zwischen «Jein» und Nein als Mitglied der Gemeinsamen Sicherheitspolitik (GASP) der EU, sondern geht klare Wege. «Europa» mit allen Konsequenzen ist die Zielrichtung der Sicherheitspolitik, wie es auch ein ernst genommener GASP-Teilnehmer nicht anders sein kann.

Doktrin

Der österreichische Nationalrat hat deshalb am 12. Dezember des Vorjahres einen Expertenbericht des Landesverteidigungsausschusses als Analyseteil und eine Entschliessung mit Empfehlungen an die Bun-



Plenum des Nationalrates.

desregierung als «Doktrin» verabschiedet. Die seit fast einem Jahr über dieses Thema verhandelnden Politiker der Opposition waren zwar mit den Regierungsparteien inhaltlich einig geworden, jedoch stimmten deren Parteien aus taktischen Gründen einem nationalen Konsens in dieser wichtigen Frage nicht zu. Die grosse sozialdemokratische Partei hat ihrem Ansehen damit sicherlich nicht genützt. In der neuen Doktrin wird die Neutralität in Allianzfreiheit umdefiniert und die Option des NATO-Beitritts soll «im Auge behalten» werden. Ein Bekenntnis zur Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht ist ebenfalls enthalten.

Kernelemente: EU, NATO

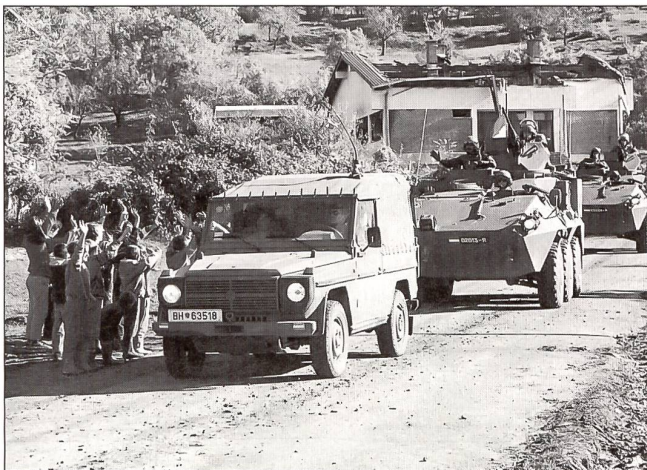
Österreich will aktiv und solidarisch an der Europäischen Sicherheit und Verteidigung (ESV) mitwirken, die zurzeit das Ziel verfolgt, die EU mit den nötigen Mitteln und Fähigkeiten sowie mit gemeinsamen Entscheidungsstrukturen für ein ziviles und ein militärisches Krisenmanagement auszustatten. Das Land will einen angemessenen Beitrag zu den militärischen Planungs- und Fähigkeitszielen der ESV-Politik in entsprechender Quantität und Qualität leisten.

Man sieht sich deshalb auch nicht mehr «immerwährend neutral», sondern bloss «allianzfrei». Dies ist eine sprachliche Festlegung, jedoch ohne rechtliche Wirkung.

Bedeutende Rechtsexperten sehen Österreich seit dem EU-Beitritt ohnehin nicht mehr als neutral, sondern nur noch in geringen Restfragmenten seiner früheren «Neutralität» rechtlich gebunden. Österreich will sich in diesem Sinn auch mit Priorität einsetzen, um die Möglichkeit einer gemeinsamen europäischen Verteidigung zu verwirklichen. Aber auch die Beziehungen zur NATO will man konsequent «im Rahmen eines massgeschneiderten Dialogs» weiterbilden. Ferner soll der «sicherheits- und verteidigungspolitische Nutzen einer NATO-Mitgliedschaft» im Lichte der sicherheitspolitischen Entwicklung laufend beurteilt und die «Beitrittsoption im Auge behalten» werden. Jedoch wird hier auch festgehalten, dass ein «Beitritt zur NATO nur mit Zustimmung der Bevölkerung (Volksabstimmung)» erfolgen würde. Der Erweiterungsprozess der NATO wird als Beitrag zur Förderung von Sicherheit und Stabilität in Europa begrüsst.

Verteidigungspolitik der EU-Entwicklung angepasst

Selbstverständlich will man die «militärische Verteidigungsfähigkeit» im eigenen Land gewährleisten. Man ist sich bewusst, dass sie sich aus der konkreten militärstrategischen Lage ableitet und sieht derzeit einen existenzbedrohenden konventionellen Angriff gegen das Land nicht. Allerdings ist die Fähigkeit punktuellen



Für alle «Petersberg-Aufgaben» müssen Truppen bereit sein (Bild: im Kosovo).

Angriffen entgegenzutreten jederzeit zu gewährleisten. Dazu will man alle militärischen Kernfunktionen auf hohem technischen Niveau bereithalten und weiterentwickeln: alle Waffengattungen und alle militärischen fundamentalen Aufgaben. Der Kräfteumfang soll «operativ durchsetzungsfähig» sein, etwa ein Korps betragen. Damit will man bei einer Änderung der Lage eine Aufwuchsfähigkeit sicherstellen. Ständig muss eine Luftraumüberwachung und im Anlassfall eine Luftraumsicherung sichergestellt sein. Ebenfalls muss die Abwehr subkonventioneller Bedrohungen (Terroraktionen, Massenmigrationen usw.) permanent gewährleistet sein. Angepasst an die Entwicklung der EU wurde speziell darauf eingegangen, dass man die Fähigkeit zur Teilnahme an einer «gemeinsamen Verteidigung» in Europa zu entwickeln und zu erhalten habe. Aus der heutigen Sicht ist das mit Truppen in der Grösse einer Division (Divisionsäquivalent) erforderlich. Für das europäische Krisenmanagement wird man eine Brigade (Brigadeäquivalent) bereithalten, um am gesamten Spektrum der «Petersberg-Aufgaben» (Peace-keeping, Peace-enforcement and humanitarian tasks) im multinationalen Rahmen teilnehmen zu können.

Für den unmittelbaren heimischen Bedarf sollen Kapazitäten für Assistenzeinsätze zur Hilfeleistung bei Katastrophen, zur Assistenz für Behörden des Inneren im Fall terroristischer Bedrohungen, zum Objektschutz und zur sicherheitspolizeilichen Grenzüberwachung bereitgehalten werden.

Um nicht dieselben Negativenentwicklungen wie beim letzten «Landesverteidigungsplan» zu erleben, hat der Nationalrat in diese «Entscheidung» auch die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel für das Bundesheer zur Erfüllung der nationalen und internationalen Aufgaben festgeschrieben: «Die notwendigen budgetären, personellen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen sind sicherzustellen».

Innere Sicherheit

Im Rahmen der inneren Sicherheit will man insbesondere den internationalen Terrorismus bekämpfen, vor allem auch durch Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene und im Rahmen der EU. Die organisierte Kriminalität soll in all ihren Ausprägungen (Menschen-, Waffen, Drogenhandel, Geldwäscherei, Schlepperwesen usw.) auch durch internationale Zusammenarbeit erfolgreich bekämpft werden. Den österreichischen Teil der EU-Aussengrenze will man wirksam schützen. Über Migration soll verstärkt auf der Ebene der EU und insbesondere auch mit den USA, Kanada, Australien und Neuseeland ein verstärkter Informationsaustausch gepflegt werden.

Zusammenfassung

Österreich hat mit dieser neuen «Doktrin» den Erfordernissen seiner Sicherheit, angepasst an die Zeit von heute und morgen, entsprochen. Aufgrund der fehlenden Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei konnte der Weg in die NATO nur als Möglichkeit angedeutet werden. Als Mitglied der EU weiss man allerdings, dass in Zukunft an diesem Verteidigungselement der EU kein Weg vorbei führen wird. Es ist zu hoffen, dass künftig alle staatstragenden Parteien, also auch die SPÖ, den Mut haben werden, der österreichischen Bevölkerung «reinen Wein» einzuschenken und sich nicht mit falschen Illusionen über die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU hinwegtäuschen. ☐

LITERATUR

Silvia Berger, Dieter Kläy, Albert A. Stahel

Afghanistan – ein Land am Scheideweg

Im Spiegel der aktuellen Ereignisse
Reihe Strategie und Konfliktforschung
2002, vdf Hochschulverlag AG an der ETH
Zürich, 141 Seiten mit zahlreichen Illustrationen.
Euro 33.60/Fr. 47.–
ISBN 3-7281-2788-4

Der vorliegende Band ist eine kompetente historische und politische Analyse zu einer konfliktreichen Ethniengemeinschaft seit 1747, dem Gründungsjahr Afghanistans durch den persischen General Ahmad Shah aus der paschtunischen Familie der Durrani. Die Konflikte waren nicht nur Ergebnis eines expansiven Machtwillens der herrschenden Familie. Vielmehr spielte ab 1839 das imperialistische britische Reich eine dominierende Rolle als Behüter der eigenen Herrschaft in der Region. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt aber in der zeitgenössischen Geschichte ab 1979, dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan. Die Feldzüge werden übersichtlich beschrieben, die Qualitäten der beteiligten sowjetischen und Mujaheddin-Truppen minutiös analysiert. Taktik, Waffen, Ausbildung, Kräfteverhältnisse und Operationen sind Teil der Darstellung. Das faszinierendste Kapitel ist jedoch jenes über das medizinische Desaster in der Sowjetarmee. Aufschlussreich sind auch die Kapitel über die Taliban und den Terrorismus. Insgesamt eine hinreissende Lektüre zu einem nach wie vor aktuellen Thema.

Anton Künzi

Albert A. Stahel und Benno Weber (Hrsg.)

Simulation von Konflikten und Kriegen

2002, vdf Hochschulverlag AG an der ETH
Zürich. 112 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
und Tabellen. Euro 33.60/Fr. 47.–
ISBN 3-7281-2785-X

Der vorliegende, mehrsprachige Artikel umfassende Band ist Ergebnis der seit 1980 an der Militärischen Führungsschule der ETH Zürich durchgeführten Analysen von Simulationen aktueller Kriege und Konflikte. Er richtet sich naturgemäss an studierte Mathematiker, die sich für diese spezielle Form militärwissenschaftlicher Analyse interessieren. Aufschlussreich sind nicht nur die aus diesen Simulationen gewonnenen Erkenntnisse zu den traditionellen militärischen Auseinandersetzungen, sondern auch jene zu den ethnischen Konflikten und Guerillakriegen. Verblüffend sind die präzisen Resultate, die daraus gewonnen werden können. Eine CD-ROM für Anwendungen mit Simulink ergänzt das Buch. Eine zwar nicht leicht lesbare, aber hochinteressante Arbeit zu diesem modernen Themenkomplex.

Anton Künzi